

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptkommissars zu Waizen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestimmes Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, O. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassenzahlung Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementpreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlagspreis Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drittelzeile 5 Pfg. Im Textblock die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Besetzen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 291

Dienstag, den 13. Dezember 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Der Reichspräsident empfing am Montag den Reichstagspräsidenten Goering und den Landtagspräsidenten Kerl zu einer Besprechung der Wehrangelegenheiten. Die Besprechung erfolgte in Gegenwart des Reichsfinanzministers.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Freitag vorzeitig einberufen worden, um einen Bericht des Reichsaussenministers über die letzten außenpolitischen Ereignisse, namentlich über die Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen und dazu Stellung zu nehmen.

Im Hause Doorn, dem Wohnsitz des ehemaligen Kaisers, überfiel ein Unbekannter die das Haus umgebende Mauer und drang bis in das Turmzimmer, in dessen Nähe das Arbeitszimmer des Kaisers liegt, vor. Er wurde von Dienern bemerkt und festgenommen. Es stellte sich heraus, daß er einen Revolver schweren Kalibers, sowie einen großen Dolch bei sich führte.

Der deutsche Flieger Verband ist am Montag in Surabaya auf Java gelandet. Im Flugzeug war während der Fahrt ein kleiner Passagier erkrankt worden, der in Surabaya festgenommen wurde. Beim Start zum Weiterflug wurde das Flugzeug beschädigt.

In der französischen Kammer hielt Herriot eine dreistündige Rede zur Schuldfrage, in welcher er scharfe Angriffe gegen Amerika richtete.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Die Gleichberechtigung erkämpft? Theorie und Praxis.

Von Dr. Cornelius Dieckhaus.

Auch wenn einer in den Irrgängen diplomatischer Formen nicht bewandert ist, wird es ihm beim ersten Blick auf die Formel, die am Sonntag in Genf verzeichnet wurde, auffallen, daß sie voller Unklarheiten und dunkler Stellen ist, eine Arbeit, die überhaupt nur aus der Atmosphäre der Genfer Konferenzen verständlich ist. Die Ausleger — und das sind durchaus keine Laien — haben sich denn auch schon darüber hergemacht und so ziemlich alle etwas Verschobenes herausgeholt. Die Linke erklärt, jetzt sei die Anerkennung der Gleichberechtigung erkämpft, dem Versailler Diktat sei eine der stärksten Säulen, der Teil V, welcher die Abrüstungsbestimmungen enthält, entzogen. Die Bemühungen von dreizehn Jahren seien am Ziel angelangt. Die Rechte sucht nach unserem Gefühl etwas allzu hartnäckig das Haar in der Suppe, wobei man bemerken muß, daß es nicht allzu schwer zu finden ist.

Man wird das, was in Genf für Deutschland erreicht worden ist, weder an dem absoluten Ziel, das uns gesteckt ist, allein, noch an den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit messen dürfen, sondern nur an den Gegebenheiten unserer gegenwärtigen inneren und äußeren Lage. Dann wird man weder geneigt sein, sich einer leichten Siegesfreude hinzugeben, auf die doch bald eine bittere Enttäuschung folgen müßte, noch der Regierung einen Verzicht auf deutsche Lebensrechte vorzumerzen.

Worum ging es? Um die Gleichberechtigung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Deutschland hat auf Grund des Versailler Vertrages bereits abgerüstet, die übrigen Großmächte, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen, haben noch nicht abgerüstet. Die deutsche Abrüstung soll nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages nur eine Vorleistung für eine allgemeine Abrüstung sein, die bald folgen sollte. Dreizehn Jahre vergingen, ohne daß etwas geschah. Als Deutschland sich zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz am Beginn des vorigen Jahres bereit erklärte, konnte es annehmen, daß nun die Zeit gekommen sei, auf die deutsche Vorleistung in der Abrüstung die Gegenleistung der anderen Mächte folgen zu lassen. Deutschland stand von vornherein auf der Konferenz unter einem Sonderrecht. Es sollte mit andern über Abrüstungsbestimmungen beraten, während für es selber ganz andere Abrüstungsbestimmungen galten. Als nach dem Verlauf mehrerer Monate Konferenz zu ersehen war, daß der Unterschied zwischen dem, was Deutschland vorgeleistet, und dem, was auf dieser Konferenz bestenfalls zu erreichen ist, allzu groß war, verließ es die Konferenz im Juni dieses Jahres und erklärte, es würde nur zurückkehren, wenn seine Gleichberechtigung anerkannt würde.

Wir können hier alle Zwischenstadien übergehen, festzuhalten aber ist, daß die Konferenz nach dem Abgang Deutschlands vollends lägehm geworden war. Eine Abrüstungsvereinbarung ohne Deutschland ist sinnlos. Andererseits lag aber ein starker Druck vor allem von Amerika vor, das aus weltwirtschaftlichen Gründen auf eine allgemeine

Rüstungsbeschränkung drängte. Inzwischen haben sich aber die Zeiten etwas geändert. Das ging deutlich aus dem Vorschlag der Amerikaner hervor, der kürzlich in Genf eine große Rolle spielte und kein anderes Ziel hatte, als eine Front der Großmächte für eine Vertagung der Abrüstungskonferenz bis zum Jahre 1936 zustande zu bringen. Damit wäre aber auch die Entscheidung über die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung hinausgeschoben gewesen, wir hätten allzu leicht als der Sünderfriede, der dem Willen zur Abrüstung aller Nationen entgegensteht, hingestellt werden können. Aber selbst wenn dieser Schachzug nicht gescheit wäre: Die Zeit arbeitete nicht mehr wie bisher für uns. Im Verlaufe der Debatte über die Schuldentilgungen in Amerika, die sich unter Umständen bis in den nächsten Sommer, bis zum Zusammentritt des neuen Kongresses hinziehen kann, war eine weitere Annäherung zwischen England und Frankreich zu befürchten, die uns auf Jahre hinaus in allen unseren außenpolitischen Bestrebungen hätte zurückwerfen müssen.

Das alles muß man sich vor Augen halten, wenn man jetzt fragt: was haben wir in Genf zugestanden, was haben wir durch die Formel dafür erhalten?

Zunächst: Was haben wir gegeben? Was das anlangt, so ist es der einzige Punkt, in dem volle Klarheit herrscht. Deutschland erklärt sich durch die Formel bereit, zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren. Es tritt ferner wiederum einem Vertrag bei, durch den es feierlich auf die Waffe des Krieges für alle internationalen Auseinandersetzungen verzichtet. Diesen Verzicht haben wir schon einmal im Kellogg-Pakt geleistet. Neben diesem Verzicht befindet sich auch die Zustimmung Deutschlands zu einem „Sicherheitssystem“, dessen Inhalt und Zweck nicht näher umschrieben ist. Hier wird also sozusagen ein Objekt der künftigen Kämpfe gekennzeichnet. Unerkennbar ist, was es mit dem letzten deutschen Zugeständnis auf sich haben soll, nach dem Deutschland als das Ziel der Konferenz die Herabsetzung der Rüstungen anerkennt. Man sollte annehmen, daß das abgerüstete Deutschland so etwas nicht ausdrücklich zu erklären braucht.

Wie steht es nun um die Zugeständnisse an Deutschland? Haben wir die Gleichberechtigung oder haben wir

sie nicht? Diese Frage muß leider verneint werden. Die übrigen Mächte haben sich lediglich zu der Formel verstanden, daß die Gleichberechtigung weder, wie es Frankreich wollte, das Ziel, noch, wie es Deutschland wollte, Voraussetzung der Konferenz, sondern, daß sie einer der Grundzüge sei, welche die Konferenzarbeiten leiten sollen. Das Kompromiß steckt also in dem Worte Grundzug, das zwischen dem Wort Ziel und dem Wort Voraussetzung die Mitte hält. Die praktische Gleichberechtigung kann sich für uns erst im weiteren Verlauf der Konferenz ergeben. Von welchen Voraussetzungen ist sie abhängig? Von der Zustimmung zu einem Sicherheitssystem, das zwar auch uns Sicherheit geben soll, von dem die Franzosen aber bisher Vorstellungen in die Welt gesetzt haben, die ganz und gar unannehmbar für Deutschland sind. Dadurch ist ein großes Hemmnis vor die Erreichung des Zieles gelegt. Zusicherungen für ein Rüstungsabkommen, das die Rüstungen der anderen Staaten dem deutschen Rüstungsstand angleiicht, haben wir nicht erhalten. Es ist nur eine Revision mit dem Zwecke weiterer Herabsetzungen vorgesehen. Der letzte Teil muß als eine Kundgebung gegen jede „Aufrüstung“, deren man Deutschland ja verdächtigt, angesehen werden. Und die klare Anerkennung, daß der Teil V des Versailler Diktates durch das neue Abrüstungsabkommen ersetzt wird, hat man sich herungedrückt, indem man uns verspricht, daß die einzelnen, also wohl verschiedenartigen Rüstungsbeschränkungen in Zukunft in dem Abkommen stehen sollen, das eine spätere Revision erleben soll. Man sieht: im ganzen ist es mit der Freiheit, die man uns zugestanden hat, nicht sehr weit her. Man hat hier eine Tür aufgemacht, um dort wieder eine zuzuschlagen. Alles ist weiter in der Schwebe.

Alles in allem sind aber die Voraussetzungen, unter denen Deutschland sich am Beginn des neuen Jahres an der Abrüstungskonferenz wieder beteiligen wird, etwas günstiger als früher. Die Möglichkeit, uns jederzeit wieder zurückzuziehen, ist uns nicht genommen. Alles ist noch unlämpft. Deutschland gibt den übrigen Mächten noch einmal eine sehr logale Chance, sich als ehrliche Vertragspartner zu bewähren. Große Hoffnungen hat es nicht.

Das Arbeitsprogramm des Reichskabinetts

Bericht über Genf. — Winterhilfe. — Arbeitsbeschaffung. — Fiedlung.

amb. Berlin, 13. Dezember. (Draht.) Diese Woche wird noch eine Reihe wichtiger politischer Beratungen und Ereignisse bringen. Wie jetzt feststeht, tritt das Reichskabinett am Mittwoch zusammen, nachdem voraussichtlich am heutigen Dienstag der Reichsaussenminister dem Reichspräsidenten über das Ergebnis von Genf Bericht erstattet hat. Auch im Kabinett wird hierüber natürlich gesprochen werden. Außerdem sind ja eine Reihe anderer wichtiger Punkte aktuell, und man kann wohl annehmen, daß sie den Gegenstand der nächsten Kabinettsberatungen bilden. Dazu gehört z. B. die Winterhilfe, die gestern auch den Haushaltsausschuss beschäftigt hat. Ob sie sich in dieser Form durchführen läßt, ist allerdings eine noch offene Frage. So wie sie vom Haushaltsausschuss beschlossen worden ist, würde sie etwa 400 Millionen kosten. Natürlich hat das Reichskabinett sich auch sehr ernst mit der Frage zu beschäftigen, wie die Finanzierung zu ermöglichen ist. Am Mittwoch wird das Kabinett sich vor allem auch mit der Abgrenzung des Aufgabentraktes des neuen Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerke, befassen. Wie bereits bekannt geworden ist, ist nicht beabsichtigt, einen neuen Apparat aufzustellen. Die Form der Tätigkeit Dr. Gerkes ist vielmehr so gedacht, daß er Ideen und Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung liefert, und daß die zuständigen Ressorts sich mit ihren besonderen Aufgaben in diese Richtlinien einfügen. Damit wird eine besondere Neuaufwand eine gewisse zentrale Einheitslichkeit in der Arbeitsbeschaffung gewährleistet. Sachlich gehören zu diesem Gebiet vor allem auch die Fragen der Fiedlung. Für dieses Problem hat Reichsaussenminister von Schleicher immer ein besonderes Interesse bewundet. Es ist deshalb anzunehmen, daß die künftige Behandlung der Fiedlung sehr stark unter seinen persönlichen Einfluß gestellt werden wird. Weiter gehören zu den nächsten Aufgaben des Reichskabinetts noch die Widerungen, die für die jetzt geltenden Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit beabsichtigt sind.

Zu den Höhepunkten in der politischen Entwicklung dieser Woche gehört weiter die Rundfunkrede des Reichsaussenministers von Schleicher am Donnerstag. Sie findet von 7.30 Uhr bis 8 Uhr abends statt. Der Redner wird sich natürlich über die ganzen wesentlichen Grundzüge des Programms seiner Regierung verbreiten. Am Donnerstag findet außerdem noch die Reichsratsitzung statt, in

der die vom Reichstag beschlossene Amnestie behandelt werden soll. Wie bereits früher gemeldet, herrscht in politischen Kreisen die Meinung vor, daß der Reichsrat diese Vorlage nicht passieren lassen wird.

Für Freitag ist der auswärtige Ausschuss einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung des Reichsaussenministers, Freiherrn von Neurath, über die außenpolitische Lage, und zwar besonders über die Abrüstung und über die Fünfmächtebesprechung. Aus diesem ganzen Programm ergibt sich, daß die laufende Woche noch nichts von der Weihnachtstube verspüren läßt, die in früheren Jahren schon verhältnismäßig früh einzusetzen pflegte. Im Gegenteil sind die politischen Arbeiten noch immer in vollem Gange. In einer Frage wird die Entwicklung sich allerdings vor Weihnachten nicht mehr sehr vorwärtsdrängen, nämlich in der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten. Nachdem die beiden nationalsozialistischen Parlamentspräsidenten von Reich und Preußen gestern beim Reichspräsidenten gewesen sind, nimmt man in unterrichteten Kreisen nicht an, daß es zu dieser Wahl noch in diesen Wochen kommt. Auch das Zentrum ist offenbar nicht gewillt, die Dinge zu überstürzen, nachdem der ihm besonders genehme Kandidat für den Ministerpräsidentenposten, Gregor Straser, nicht mehr in Frage kommt. Unter diesen Umständen wird eine Lösung der preussischen Frage keinesfalls vor Januar erwartet. Aber auch für den Anfang des nächsten Jahres ist sie zunächst noch problematisch. Denn sie ist nicht möglich ohne Berücksichtigung der Verhältnisse im Reich. Eine Wiederherstellung des Dualismus Reich — Preußen kommt überhaupt nicht in Frage. Deshalb, so glaubt man allgemein, kommt ein neuer preussischer Ministerpräsident nur in Frage, wenn er gleichzeitig Mitglied des Reichskabinetts werden würde. Darüber ist aber bisher eine Verständigung mit den Nationalsozialisten noch nicht erzielt oder auch nur für die nächste Zukunft sichtbar geworden.

Am 23. Januar Sitzung des Abrüstungsbüros.

Genf, 13. Dez. Das Abrüstungsbüro beschloß in einer Sitzung, an der seit Juli zum ersten Male wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, am 23. Januar wieder eine Sitzung

Jägermeisters Therese